

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Geb. Arnhold, Dresden und Schif. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Landstadt

Bezugspreis einschließlich Frachtkosten mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wolk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 26 201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 26 201. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Raumzeile für 20 Goldpf., die 30 mm breite Raumzeile 30 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Goldpf.

Nr. 72

Dresden, Dienstag den 25. März 1924

35. Jahrg.

Drei Millionen existenzlos

Opfer der Kapitalkritik — Raub der Unterstüßungsbeiträge — Der Sozialismus als Ausweg

Die Arbeitslosigkeit, die seit Mitte des vorigen Jahres einen juchenden Umfang angenommen hat, droht auf längere Zeit, vielleicht auf Jahre hinaus, eine chronische Erscheinung zu werden. Wenn auch in den letzten Wochen besonders die Zahl der Kurzarbeiter zurückging, so darf das immerhin nicht zu vorsichtigen Schlussfolgerungen verleiten.

Die hoch augenblicklich die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland ist, läßt sich nur schätzungsweise feststellen. Im unbesetzten Deutschland wurden am Anfang März allein 1.180.000 Personen unterstügt. Im besetzten Gebiet betrug die Zahl der Erwerbslosen 1 Million, so daß also in ganz Deutschland rund 2 1/2 Millionen Personen, mit mindestens weiteren 2 1/2 Millionen zu erwerbenden Angehörigen, der staatlichen Unterstützung zur Last fallen. Die Gesamtzahl dieser bedauernswerten Volksgenossen ist eigentlich noch beträchtlich höher, da die Fürsorge bei weitem nicht alle Erwerbslosen unterstügt und erfährt. So wird z. B. vielen Erwerbslosen die Unterstützung verweigert, weil deren Frau oder Kinder einige Lutz Mark in der Woche verdienen oder weil sie gar ein paar Quadratmeter Land besitzen oder gepachtet haben. Jugendliche bis zu 16 Jahren bleiben grundsätzlich ohne Unterstützung, solche bis zu 18 Jahren erhalten in sehr vielen Fällen ebenfalls nichts. Bei Frauen trifft das gleiche teilweise sogar bis zum 21. Lebensjahre zu. Könnte man auch diese Personen, die also noch nicht einmal eine kleine Unterstützung erhalten, einwandfrei zählen, so würde sich zweifellos eine Gesamtzahl von mindestens 3 Millionen Erwerbslosen ergeben.

Die Unterstützungssätze selbst sind erbärmlich niedrig. Ein Familienvater mit zwei Kindern erhält z. B. je nach der Ortsklasse wöchentlich 4,20 bis 7,80 M. Im besetzten Gebiet ist der Unterstützungssatz etwas höher. Immerhin aber reicht auch er ebensowenig zur Zahlung der Wohnungsmiete aus wie der im unbesetzten Deutschland an die Erwerbslosen veräußerte Betrag. Tritt nun mit dem 1. April die weitere Mieterhöhung ein, so dürfte sich in den meisten Fällen der Zustand ergeben, daß die Miete höher ist als die Unterstützung. Wozu unter diesen Umständen der Arbeitslose sich und seine Familie ernähren soll, bleibt das Geheimnis der bürgerlichen Regierung. Selbst angenommen, der Arbeitslose könnte und würde die Miete schulda bleiben, so genügt der Betrag dennoch nicht einmal zum nächsten Leben.

Nimmer und immer wieder hat die Sozialdemokratische Partei mit Unterstützung der Gewerkschaften die Regierung auf diese entsetzliche Lage der Arbeitslosen aufmerksam gemacht und Abhilfe verlangt, ohne sich die maßgebenden Instanzen dieser Forderung in politischem Sinne angeklommen hätten. Der Vorwand, es sei kein Geld vorhanden, mußte bisher auch zur Begründung des Clendus der Arbeitslosen dienen. Mit voller Absicht sprechen wir hier von einem Vorwand, denn seit fast einem halben Jahre werden von den Arbeitern und Unternehmern Beiträge zur Unterstützung der Erwerbslosen erhoben, ohne daß deren Lage eine Besserung erfährt. Für jeden beschäftigten Arbeitnehmer fließen 2 Prozent des Lohnes oder Gehalts in den Unterstützungsfonds. Die Hälfte muß der Beschäftigte selbst tragen, während die andere Hälfte in Kosten des Unternehmers geht. Nach einer neuen Verordnung sollen diese Beiträge sogar auf 3 Prozent des Lohnes erhöht werden. Statt aber in Anbetracht dessen den Hungernden zu geben, was ihnen zukommt, war es bisher so, daß Reich und Länder ihre Kassen durch die eingegangenen Beiträge entlasteten, während die Arbeitslosen weiter darben. Schon hat der Reichsarbeitsminister in ähnlichen öffentlichen Reden der Partei und des A. D. S. D. erklärt, daß die Unterstützungssätze bald erhöht werden sollen, ohne daß diese Ankündigung bis jetzt jedoch wahr geworden wäre. Wir erheben uns deshalb erneut die Frage, wann sollen endlich die Erhöhungen erfolgen? Wann soll der Zustand aufhören, daß die von den Arbeitnehmern ausgenommenen Erwerbslosen Kollegen gedroht Opfer weiterhin zur Entlastung der Staatskassen dienen? Warum wird nicht mit der notwendigen Erhöhung der Beamteneinküfter am 1. April gleichzeitig eine Aufbesserung der Erwerbslosenunterstützung vorgenommen?

Fast scheint es, als ob dunkle Mächte am Werke sind, eine Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen zu verhindern. Tatsächlich ist für die Unternehmer die Erwerbslosenunterstützung ein bitteres Übel. Für sie sind die Arbeitslosen die „Faulen“, die nicht arbeiten wollen; deshalb lehnt vielfach der stille Wunsch, die Unterstützung an die Erwerbslosen überhaupt einzustellen. Heute schon diktiert der Unternehmer bekanntlich Löhne, und ihr Streben ist weiterhin darauf hinaus, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit wie in früheren Zeiten nach eigenem Gutdünken zu bestimmen. Um wieviel mehr könnten sie Löhne und Gehälter senken und die Abwehr unmöglich machen, wenn ihnen die Millionen Menschen zählende „Rekrutenarmee“ ganz auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wäre, weil sie ohne jede Unterstützung um jeden Preis zu Kreuze kriechen müß. Darum der Druck der Unternehmer auf die Regierung, nur keine Erhöhung der Unterstützung für die Arbeitslosen zu bewilligen. Wie lange soll dieser Zustand noch andauern? Wann endlich will man den Erwerbslosen zukommen lassen,

was ihnen zuteil und was von der Sozialdemokratischen Partei seit Monaten verlangt wird?

Kürzlich erst hat der Bundesausschuß des A. D. S. D. erneut seine Forderungen für die Erwerbslosen erhoben. Wird nun diesen berechtigten Forderungen nun endlich Rechnung getragen oder sollen die unglücklichen Opfer der Arbeitslosigkeit noch mehr zum Spielball der kommunistischen Agitation gemacht werden? Diese Agitation ist nicht nur ein Unglück für die Nachläufer, sondern auch für die Allgemeinheit. Jeder Erwerbslose sollte sich deshalb eigentlich längst darüber klar sein, daß die törichten Parolen, die hier und dort von wilden Erwerbslosenräten ausgegeben werden, keine Hilfe bringen, sondern die Not nur vergrößern. Eingedenk dieser Tatsache müßten die Erwerbslosen wissen, was sie am 1. Mai zu tun haben, denn wirkliche Hilfe kann ihnen nur durch den parlamentarischen Druck einer starken sozialdemokratischen Fraktion, die zu die Voraussetzung schaffen zu helfen ist, durch die gesamte Arbeiterkass, insbesondere der Betriebsräte, durch Einwirkung auf die indifferenten Volksgenossen.

Die maßgebenden Faktoren

Bürgerliche Wahlzettel sind wertlose Papierfetzen.

Rechtsanwalt Doll (im Difer-Prozess): Wollten die Herren, die vom Druck auf Berlin sprachen, den Druck auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ausüben?

Kahr: Wir nicht, aber die maßgebenden Faktoren im Reich.

Rechtsanwalt Doll: Sind das die Leute, die nach der Verfassung das Recht dazu haben?

Kahr: Das sind die Kreise, die bei großen politischen Fragen das entscheidende Wort führen: Industrie und Landwirtschaft.

Herr v. Kahr hat sich verplappert. Im Streifen der Fragen, unter dem er eine fast bemitleidenswerte Rolle spielte, sprach er in einem Kernpunkt die Wahrheit über seine Lippen: Großagrarier und Großindustrie führen in den politischen Fragen in Deutschland über die Köpfe des Volkes hinweg das entscheidende Wort! Diese Entwertung oder konnte nur möglich werden, weil die bürgerlichen Parteien gegenüber den maßgebenden Kreisen dieser beiden Gruppen vollständig versagen, ja, die entscheidende Rolle des Großkapitals verteidigen und durch ebendiese Schicht des Bürgertums, die Mehrheit der betrogenen Bauern, haben bei der vorigen Reichstagswahl bürgerliche Stimmzettel abgegeben. Ihnen war vorgeschwindelt worden, nur ihre Wünsche, nur ihre Interessen sollten in Berlin vertreten werden, in Wirklichkeit aber haben alle diese betrogenen Wähler in Stadt und Land einzig und allein die Gefährde der Industrie und des Großagrarierums befocht, jener Kreise, die, nach Kahr's letztem Ausspruch, heute in Deutschland in allen politischen Fragen das führende und entscheidende Wort führen. Die Volkswirtschaft in Stadt und Land vertritt nur die eine Partei, gegen die deshalb Großagrarier und Großindustrie durch die von ihnen ausgeübte Presse einen wilden Krieg führen: die Sozialdemokratie! Bei den kommenden Wahlen möge sich die Wählerschaft in Stadt und Land des Kahr'schen Geständnisses erinnern! Wer den Wunsch hat, daß Industrie und Großagrarierum über das gesamte Volk hinweg eine Diktatur ausüben und in allen politischen Fragen das entscheidende Wort führen, der wählt bürgerlich. Wer aber im Reich-

Die Despotie des Handwurfs

In der kommunistischen Partei wird seit einiger Zeit die große Säge angewandt, um Führer zu beseitigen, die zu sehr „reformistisch“ angekränkt sind. Die Herren Halbeimer und Brandler sind dieser Säge bereits zum Opfer gefallen. Vor nichts scheint man in der kommunistischen Partei mehr Angst zu haben, als davor, daß Führer, die man in verantwortliche Stellen stellt, durch ihre Erfahrungen gelehrt werden könnten, und deswegen sucht man sich durch scharfe Maßnahmen dagegen zu sichern, daß die Abgeordneten einen Anflug von Vernunft bekommen. Jeder, der von der K. P. D. aufgestellt wird, muß eine von der Parteizentrale angeordnete Erklärung unterschreiben, in der gesagt wird, daß die kommunistische Partei sich an den Wahlen nur zu Agitationszwecken beteiligt und daß die kommunistischen Abgeordneten das Parlament nur zur Agitation benutzen und sich verpflichten müssen, die Demokratie als die raffinierteste Form der Diktatur der Bourgeoisie zu entlarven. Den kommunistischen Abgeordneten ist es damit also verboten, im Parlament praktische für das Proletariat Arbeit zu leisten. Ihre Auftraggeber werden mit ihnen zufrieden sein, je besser sie im Parlament in der üblichen Weise zu schimpfen und Reden zu machen verstehen. Ausdrücklich müssen sich die kommunistischen Abgeordneten verpflichten, nichts gebiet zu halten, was ihnen in ihrer Tätigkeit als Abgeordnete im Parlament bekannt wird. Es heißt in der Erklärung:

Infolge dieser grundsätzlichen Einstellung zum Parlament gibt es für den kommunistischen Abgeordneten kein Schwelgeleben und keine sogenannten „diplomatischen Amtsgeschäfte“ für Kennenisse, die er als Abgeordneter in Parlamentarismus, in Kommissionen erlangt. Der kommunistische Abgeordnete hat vielmehr den Schwindel der „Geschäftsreisen“ und den Reichthum des bürgerlichen Parlamentarismus rüchrichtlos zu entlarven.

Man wird sich daher in Zukunft in den Parlamenten dabei hüten müssen, die Kommunisten zu Verhandlungen zuzuziehen, in denen vertrauliche Dinge behandelt werden. Sie

lag die gesamten Interessen der Allgemeinheit verteidigt wissen will, der wählt die Liste der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei. Herr v. Kahr hat ja nun dem Bürgertum und den Bauern klar gemacht, daß bürgerliche Wahlzettel wertlose Papierfetzen sind, da in allen großen politischen Fragen nur Industrie und Großagrarierum das entscheidende Wort führen! Wer diesem volksverderblichen Zustand ein Ende machen und die entscheidende Macht jener Klasse (die sich auf die bürgerlichen Parteien stützt) brechen will, der tritt am Wahltag für die Sozialdemokratische Partei ein.

Die Parteien im alten Reichstag

Als der Reichstag am 24. Juni 1920 zusammentrat, zählte er 409 Köpfe, die sich später durch Verkleinerung des deutschen Gebietes in Oberschlesien und Schleswig auf 460 verminderte. Die Parteien traten in folgender Stärke in den Reichstag ein: Sozialdemokraten 118, Unabhängige 81, Zentrum 60, Deutsche Volkspartei 62, Demokraten 45, Bayerische Volkspartei 20, Welsch 5, Bayerischer Bauernbund 4, Kommunisten 2, Parteiloze 2.

Von diesen Abgeordneten sind im Laufe der vier Jahre 77 ausgeschieden, 29 durch Tod, 11 durch Mandatsübertragung, 2 durch Ungültigkeitserklärung, der Rest durch Neuwahl in den schon erwähnten Grenzgebieten und in Ostpreußen. Von den Geschworenen waren 11 Sozialdemokraten und Unabhängige, 7 vom Zentrum, 4 Deutschnationale, 4 Deutsche Volkspartei, 2 Bayern und 1 Demokrat.

Die geschehenen Sozialdemokraten sind die Abgeordneten Legien, Aderhold, Reichhaus, Frau Jies, Dammig, Riese, Pinski, Wagnau, Loggier und Köpfer.

Die Parteistärke blieb im Laufe der Jahre nicht gleich. Zum Teil wurde sie durch Neuwahl in den Grenzprovinzen vermindert, zum Teil aber auch durch Ausschneiden und Zutritte von Abgeordneten, die ihr politisches Parteilager wechselten. Die stärkste Bewegung zeigte sich dabei auf der äußersten Linken. Die Kommunisten waren nur zwei Mann stark in den Reichstag eingetreten. (Dr. Lewi, Frau Jettin.) Im Oktober 1920, nach dem Parteitag in Halle traten 22 unabhängige Abgeordnete zu den Kommunisten über und bildeten eine 24 Mann starke Fraktion, die sich „Vereinigte kommunistische Partei“ nannte. Im Laufe des Sommers 1921 traten aus dieser vereinigten Partei 12 Mitglieder wieder aus und bildeten unter Führung von Lewi die kommunistische Arbeitsgemeinschaft, so daß bei den alten Reichstagskommunisten nur 11 übrig blieben, einer der Abgeordneten blieb zunächst parteilos. Diese „kommunistische Arbeitsgemeinschaft“ schloß sich dann im April 1922 wieder mit den Unabhängigen zusammen. Vier Mann wurden wieder bei den Reichstagskommunisten aufgenommen.

Auch das Schicksal der 81 Unabhängigen war zum Teil sehr wechselvoll, erst Verlust von 22 Mann an die Kommunisten, dann Rückkehr von 12 der Ausgetretenen, die am 18. Oktober 1922 die 70 Unabhängigen sich mit der Reichstagssozialdemokratie zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei verschmolzen, die nunmehr 178 Abgeordnete zählte, von denen in den letzten Wochen 2 (Frau Fischer und Hoffmann, Schwanenborf) wieder zu den Kommunisten übergegangen sind. Als Rest der alten Unabhängigen Partei blieb Ledebour und der Nachfolger Dammig, Wegmann, übrig.

Auch auf der Rechten gab es allerlei Sezessionen. Die Deutschnationalen hatten bei den Neuwahlen in den Grenzprovinzen einen kleinen Zuwachs erhalten. Er ging verloren dadurch, daß die Abgeordneten v. Radloff und Dr. Düringer zur Deutschen Volkspartei überliefen. Minister v. Bantz aus der Fraktion auschied und die drei ehemaligen Deutschnationalen v. Grätz, Henning und Wulle den Grundstock der neuen Deutschnationalen Fraktionspartei bildeten.

Das Zentrum hat sich ziemlich unverändert erhalten.

werden sich dann aber auch nicht darüber zu beklagen brauchen, wenn man sie in den Parlamenten nicht als Gleichberechtigte behandelt. Schließlich wird dann in der Erklärung noch weiter gefolgt:

Ausgehend von diesen Grundgedanken erklärt der Unterzeichnete, daß er als Kandidat und Abgeordneter für das Parlament lediglich Deutschnationaler der kommunistischen Partei Deutschlands ist und nicht ein sogenannter „freier“ Kandidat des Volkes, der nur seinem Gewissen verantwortlich sei. Der Unterzeichnete erklärt sich bereit, daß er alle Befehle der Parteizentrale der K. P. D. ausführt und sich in allen Handlungen und seiner Tätigkeit diesen Befehlen unterordnet.

Mögen die Weisungen der hohen Parteizentrale noch so blödsinnig sein, die kommunistischen Abgeordneten müssen tanzen, wie eine hohe vorgelegte Behörde pfeift. Auch wenn die ganze kommunistische Fraktion irgendeinen Befehl der Zentrale für verrückt hält, ist sie nach dieser Erklärung doch verpflichtet, ihn auszuführen. Jeder Abgeordnete muß auf Verfügung der Zentrale der K. P. D. sein Mandat als Abgeordneter niederlegen. Die Berufung auf die Verantwortung vor den Wählern sei eine alberne demagogische Handweil und Lüge. Wenn ein Abgeordneter den Befehlen der Zentrale nicht folge, so sei das ein Verrat an Proletariat, der automatisch den Ausschluß aus der Partei zur Folge haben müsse.

Bei der kommunistischen Partei ist es ganz unberechenbar, welcher neue Blödsinn eines schönen Tages einer hohen Parteizentrale einfällt und die Abgeordneten sind dann verpflichtet, auch wider ihre bessere Überzeugung im Parlament den ihnen anbefohlenen Unfug zu begehen. Es ist eine starke Ironie an die Wähler, daß sie Leute wählen sollen, die in dieser Weise an die Befehle einer Infanz gesunden sind, der jede Dummheit zugutrauen ist. Mit Recht bemerkt unser Berliner Parteiorgan, der Vorwärts, in einem Artikel, in dem er die den kommunistischen Kandidaten vorgelegte Erklärung behandelt: „Begrüßt doch; man kann die Arbeiterklasse nicht befreien, wenn man sie zum Gehör ihrer Götter macht. Was da geschieht wird, ist keine Diktatur des Proletariats, sondern die Despotie des Handwurfs.“